Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste. Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Portozuschlag. Annahme von Ankündigungen: Werktags von Vorm. 8–8 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 8–½ u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: für Montags u. nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montag oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche renommirte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

G. H. Rehfeld & Sohn. Neust. Hauptstr. 24/26. Altst. König-Johannstr. 15. Fabrik v. Contobüchern. Schutz-Marke

J. G. Klingner, Waisenhausstrasse 3. Steingut unter Bazar-Preisen. Waschgeschirre bunt, von 2 Mark an.

Königl. Sächs. Hofl. Carl Tiedemann, Hoflief. Etablirt 1833. Bester Fussbodenanstrich ist Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend. Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19, Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Ferd. Gerlach Nachfolger. Weinhandlung mit Probierstuben. Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321. Gewähr für reine Naturweine. Preislisten versende frei.

„Invalidendank" Dresden, Seestrasse 6, I. Fernsprechstelle 1117. I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen. II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater. III. Effecten-Controle unter Garantie. IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Conditorei u. Café Ferd. Sander empfiehlt ihre aus nur bestem Material gearbeiteten Erzeugnisse einer freundlichen Beachtung. Jetzt: Waisenhausstrasse 24 (neben Victoria-Salon), früher Marienstrasse 4.

Nr. 290. Spiegel: Die Cholera und Verfassungsänderungen in Hamburg. Hofnachrichten, Stadtverordnetenwahlen, Choleraebesorgnisse, Verein für Erdkunde, „Bettelstudenten", Gerichtsverhandlungen. „Das Rheingold". Sonntag, 16. October.

Politisches.

Die schwere Heimsuchung, welche die Cholera in den glühend heißen Tagen des August über die alte Hansestadt an der Elbe gebracht hat, scheint jetzt ihr Ende erreicht zu haben. Sieben Wochen lang hat die furchtbare Seuche erbarmungslos in Hamburg gewüthet und eine Fülle von Noth und Elend heraufbeschworen, wie es die Stadt in seiner tausendjährigen wechselvollen Geschichte wohl noch nicht erlebt hat. In den Maitagen dieses Jahres feierten die Hamburger die Erinnerung an den großen Brand, der vor 50 Jahren die Stadt verwüstet und fast an den Rand des Verderbens gebracht hatte. Aber das Unglück des Jahres 1842 steht doch in keinem Vergleich zu der harten Prüfung, die Deutschlands größte Handelsstadt soeben hat über sich ergehen lassen müssen. Selbst die Drangsal, die Hamburgs wackere Bürgerschaft in der Zeit des großen Corsen erduldete, reicht nicht heran an die Schwere des jüngsten Schicksalsschlages. Dank der kühlen Witterung, welche die vorgeschrittene Jahreszeit mit sich bringen mußte, Dank auch den energischen und umfassenden Maßnahmen, mit denen man schließlich dem unheimlichen Gaste entgegentrat, hat die heimtückische Krankheit ihren Rückzug angetreten. Die vereinzelten Todesfälle, die noch gemeldet werden, dürften die letzten Opfer sein, welche die Cholera in Hamburg und hoffentlich in ganz Deutschland gefordert hat. Die Gefahr mag also für Hamburg beseitigt sein, aber die Folgen der Seuche werden noch auf lange Zeit hinaus auf den vielgeprüften Bürgern der freien Stadt schwer lasten. Das Glück und der Wohlstand vieler Familien sind vernichtet. Handel und Wandel liegen darnieder; die Erwerbsthätigkeit in allen Schichten der Bevölkerung hat gelitten, Millionen hat der Großhandel eingebüßt und tausenden Arbeiterfamilien droht Hunger und Noth, wenn nicht opfermuthiger Bürgersinn und Mildthätigkeit helfend zur Seite treten.

Als Hamburg plötzlich von der Cholera überrumpelt wurde und ungerüstet und anfangs zur nachdrücklichen Abwehr unfähig sich dem tückischen Feinde widerstandslos ergeben mußte, da wurde die arme Stadt noch obendrein mit Angriffen und Invektiven überschüttet, welche aus allen Theilen des gesammten Deutschland gegen die dortigen Behörden wegen ihrer Haltung der Choleragefahr gegenüber gerichtet wurden. Je länger die Krankheit ihre Herrschaft in der Hansastadt behauptete, umso zahlreicher und heftiger wurden die Anklagen gegen diejenigen Verhältnisse und Zustände in Hamburg, denen man die Entstehung, Verbreitung und das nachhaltige Wüthen der Epidemie glaubte zuschreiben zu müssen. Die scharfe Kritik, die außerhalb der Mauern Hamburgs an den öffentlichen Einrichtungen dieser Stadt geübt wurde, mag vielfach übertrieben und im Einzelnen ungerechtfertigt gewesen sein. Daß aber im öffentlichen Leben Hamburgs, insbesondere in der Hamburger Verwaltungsorganisation, schwere Mißstände vorhanden sein müssen, die dringender Abhilfe bedürfen, beweisen die lebhaften Agitationen und die starken Strömungen, die jetzt innerhalb der Hamburger Bürgerschaft selbst zu Tage treten und auf eine Reform der bestehenden Zustände bezw. eine Verfassungsänderung gerichtet sind. Die Tage der Noth sind der Prüfstein des Bestehenden und mahnen zur Einkehr und Selbstkritik. Wie vor 50 Jahren der große Brand in Hamburg eine Reformbewegung zeitigte, so macht sich auch jetzt eine tiefgehende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und das Bedürfniß nach einer gründlichen Aenderung in weiteren Kreisen geltend. Die Angriffe richten sich vornehmlich gegen die Verwaltungsbehörden und das ganze herrschende System. In der Volksvertretung des Hamburger Gemeinwesens, in der sog. „Bürgerschaft" haben in der letzten Zeit heftige Erörterungen stattgefunden, die darauf schließen lassen, daß die überwiegende Mehrheit der Hamburger Bürger von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Verfassungsrevision und Verwaltungsreorganisation überzeugt ist. Während die Seuche noch im vollsten Umfange wüthete, hat bereits der in ganz Deutschland bekannte Großkaufmann Woermann, der seiner politischen Parteistellung nach durchaus keinen extremen Anschauungen huldigt, mit rückhaltloser Entschiedenheit an dem Bestehenden Kritik geübt. Zu sehr sich rühmen, meinte er, und behaupten, daß Alles so schön sei, dürfe man nicht. Die Fehler lägen im ganzen System. Die Hamburger Selbstverwaltung bestehe zum großen Theil aus Laien und Unterbeamten; jene müßten erst die Verwaltung lernen und ihnen stünden keine geschulten Beamten zur Seite. Am Mittwoch bemerkte ein Mitglied der „Bürgerschaft": So traurig die Cholera sei, ihr Effekt werde doch segensreich sein, wenn Hamburg dadurch das trostlose System los werde. Wenn man sich nicht davon losmache, werde man nicht zur Gesundung kommen und an der nächsten Calamität zu Grunde gehen. Die hier geübte Kritik übertrifft noch die herben Angriffe, welche nach dem Ausbruch der Choleraepidemie außerhalb Hamburgs gegen die dortigen Zustände gerichtet worden sind. Um so seltsamer muß es berühren, daß der Hamburger Senat gerade in der gegenwärtigen Zeit der Noth und der herrschenden Unzufriedenheit es für angemessen hält, die „Bürgerschaft" mit einer Vorlage zu behelligen, die lediglich die hochwichtige Regelung einer Titelfrage enthält. Dem Polizeirath soll die Amtsbezeichnung „Oberregierungsrath" und drei Beamten der Titel „Regierungsrath" verliehen werden. In einem Augenblicke, wo der Senat Hamburgs doch nichts anderes im Auge haben sollte, als die Linderung des herrschenden Elends und die Beseitigung der vorhandenen Mißstände, die zum Theil den durch die Cholera entstandenen Nothstand vergrößert haben, befaßt sich die regierende Körperschaft des Freistaates mit leeren Formalien und nichtigen Titelfragen.

Die letzterwähnte Thatsache allein schon läßt den der „Bürgerschaft" vorliegenden Antrag begründet erscheinen, zu erwägen, welche Veränderungen in der Hamburgischen Verfassung und Verwaltung nothwendig sind, um das Wohl und die Interessen des Staates wie der Stadt besser als bisher zu wahren und zu schützen. Ein Blick auf die Hamburger Verfassung läßt erkennen, daß diese in der That das Gepräge eines republikanischen Freistaates nicht trägt. Das Hamburger Stadtregiment ist ein durchaus aristokratisches oder vielleicht richtiger oligarchisches. Nach der Verfassung steht zwar die höchste Staatsgewalt dem Senat und der Bürgerschaft gemeinschaftlich zu. Dem Senat gebühren aber alle Attribute, welche mit dem Begriffe der Regierung verbunden zu sein pflegen. Er ist alleiniger Inhaber der vollziehenden Gewalt. Er besteht aus 18 lebenslänglichen Mitgliedern, von denen mindestens 7 dem Kaufmannsstande angehören müssen. Der Senat ergänzt sich vermöge eines umständlichen Wahlverfahrens, indem Senat und Bürgerschaft je vier Mitglieder erwählen, welche sich über einen Wahlaufsatz von vier Personen zu einigen haben. Dieser Wahlaufsatz wird dem Senate von seinen Kommissarien übergeben; er präsentirt von den vier in Vorschlag gebrachten Kandidaten zwei der Bürgerschaft, welche von diesen zwei einen zu wählen hat. Früher ergänzte sich der Senat selbst; aber auch nach dem jetzt giltigen Wahlverfahren hat der Senat seinen aristokratischen Zusammenhang beibehalten und ist bis jetzt stets aus den ersten Familien des Hamburger Kaufmanns-, vorwiegend des Gewerbestandes ergänzt worden. Die Verwaltung erfolgt durch eine Reihe von Kollegien, die aus senatorischen und bürgerlichen Mitgliedern zusammengesetzt sind. Die Hauptarbeit aber wird durch die senatorischen Mitglieder verrichtet, da die bürgerlichen Deputationsmitglieder, welche ihr Amt unentgeltlich bekleiden, wegen ihrer dringlicheren Privatgeschäfte kaum Zeit finden, sich eingehend mit den kommunalen Angelegenheiten zu befassen. Es fehlt an der anderwärts vorhandenen Anzahl höherer juristisch und wissenschaftlich gebildeter Staatsbeamten. Das Institut des höheren Berufsverwaltungsdienstes hat sich in Hamburg nur ganz allmählich entwickelt und ist jetzt noch sehr wenig ausgebildet. Ein technisch gut vorbereitetes Berufsbeamtenthum, welches sich in jeder noch so mühevollen Kleinarbeit unablässig gewissenhaft zeigt, gebricht, wie die „Post" hervorhebt, der Hamburger Verwaltung. Weder von einem unbesoldeten Ehren-Beamten, noch von dem vorsitzenden Senator, welcher Inhaber der höchsten Staatsgewalt ist, lassen sich mit Fug diejenigen Leistungen erwarten, die man von jedem studirten oder nichtstudirten Berufsbeamten in jeder noch so unscheinbaren Berufsarbeit verlangt. Auch die Hamburger „Bürgerschaft" ist ein aristokratischer Körper, der den Namen „Volksvertretung" eigentlich nicht verdient. Der größte Theil der Hamburger Staatsangehörigen ist nämlich überhaupt nicht wahlberechtigt. Zunächst ist nicht jeder in Hamburg Heimathsberechtigte Bürger des Staatswesens. Voraussetzung für den Erwerb des Bürgerrechtes ist nicht blos der Besitz der Hamburgischen Staatsangehörigkeit, Volljährigkeit, Unbescholtenheit, sondern auch die Entrichtung einer Stempelabgabe von 30 Mk. und die Ableistung des Bürgereides vor dem Senat. Aus der Zahl derjenigen, welche das Bürgerrecht besitzen, sind aber ferner diejenigen nicht wahlberechtigt, welche keine Einkommensteuer bezahlen, also ein Einkommen von weniger als 600 Mark besitzen. Weiterhin geht die Bürgerschaft, der gesetzgebende Körper des Staates Hamburg, nicht blos aus direkten Wahlen derjenigen hervor, welche wahlberechtigt sind. Die Bürgerschaft besteht aus 160 Mitgliedern, von denen nur die Hälfte aus direkten Wahlen hervorgehen, während 40 von den Grundeigenthümern und 40 von den sogenannten Notablen (d. h. den jetzigen oder früheren Mitgliedern der Verwaltungsbehörden und den jetzigen oder früheren Mitgliedern der Gerichte) gewählt werden. Die vorstehend skizzirten Verhältnisse beweisen zur Genüge, daß die Hamburger Verwaltung dringend einer Reform bedarf und daß es auch zeitgemäß erscheint, die veraltete Verfassung der „freien" Hansestadt einer gründlichen Revision zu unterwerfen, um sie einigermaßen mit dem Grundgedanken der Verfassung des Deutschen Reiches, wie er in dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zum Ausdruck gebracht ist, in Einklang zu sehen.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. October.

Berlin. Der Kaiser hatte heute eine Konferenz mit dem Reichskanzler und empfing ferner u. A. den deutschen Botschafter von Petersburg, General von Schweinitz. Letzterer wurde auch zur kaiserlichen Tafel gezogen. — Die „Nordd. Allgem. Ztg." erklärt die von der „Kreuzztg." bestätigte Nachricht, daß die Reichsregierung gewillt sei, die einjährige Bewilligung der Heeresfriedensziffer ohne Weiteres zuzugeben, als völlig aus der Luft gegriffen. Der „Nationalzeitung" wird versichert, daß die Militärvorlage die gesetzliche Feststellung der Friedensstärke bis 1899 enthalte. Die „Post" erklärt, es unterliege keinem Zweifel, daß die Militärvorlage in der geplanten Ausdehnung Aussicht auf Annahme nicht habe; wenn man sich in der Regierung mit anderen Hoffnungen getragen habe, so werde man sich auch soweit dieser Ueberzeugung nicht mehr verschließen können. Das Blatt räth zu einer Vertagung der Vorlage und einer nochmaligen Prüfung des Planes, andernfalls wäre eine Schwächung der Autorität der Regierung zu befürchten, welche auch durch einen Personenwechsel an leitender Stelle nicht ohne Weiteres gehoben werden könnte (an der heutigen Börse war das natürlich unbegründete Gerücht verbreitet, daß die Militärvorlage bereits zurückgezogen sei). — Ueber den neuen Handelsvertrag mit Rumänien finden zur Zeit nur vorbereitende Besprechungen zwischen dem hiesigen rumänischen Gesandten und deutschen Beamten statt. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen erst Ende d. M. und werden in Berlin geführt. — Lothar Bucher's gesammter politischer Briefwechsel, wie überhaupt sein politischer Nachlaß, wird auf Anordnung des Verstorbenen dieser Tage dem Fürsten Bismarck zur beliebigen Verfügung übergeben. — Im Reichsgesundheitsamte finden Untersuchungen über das Verhalten der Cholerabazillen auf Nahrungs- und Genußmittel statt, deren Ergebniß nachstehend ausführlich veröffentlicht wird: Auf dem Fleisch von Johannis- und Himbeeren starben die Bazillen bei Zimmertemperatur in 1–3 Stunden, im Fleisch von sauren Kirschen, italienischen Pfirsichen, einigen Sorten Birnen, Pflaumen und Aepfeln in 3–6 Stunden, auf dem Fleisch von Aprikosen, Erdbeeren, Stachelbeeren, Reineclauden aber erst nach 20–24 Stunden, und in süßen Herzkirschen, Birnen, einigen Sorten Pflaumen und Gurken, hielten sie sich mehrere Tage, auf der Oberfläche der Früchte blieben sie weit länger lebensfähig. Im angetrockneten Zustande starben sie auf der Oberfläche von Kirschen, Stachelbeeren, Aprikosen, großen Pflaumen und weißen Johannisbeeren erst nach 1, auf der Oberfläche von Pfirsichen erst nach 2 Tagen. Im feuchten Zustande lebten sie auf Kirschen, Johannisbeeren und Gurken 5–7 Tage. Wurden die Bazillen dabei auf der Oberfläche von Johannisbeeren, Kirschen, Reineclauden, Aprikosen und Pflaumen dem direkten Sonnenlichte (33 Grad Reaumur) ausgesetzt, so starben sie schon nach spätestens 5 Stunden. Von zur Untersuchung herangezogenen Getränken wurden die Bazillen vernichtet durch Weißwein in 5, Rothwein in 10, Apfelwein in 6 Minuten. Durch 4prozentig erkalteten Aufguß von chinesischem Thee in 1, durch 6prozentig erkalteten Kaffeeaufguß, sowie durch Berliner Weißbier in 2, durch Münchener, Aschenhöfer und Pilsener Bier in 3, durch 6prozentigen Kaffeeaufguß mit Zusatz von Roggen und Cichorien in 5, durch nichtsterilisirte Milch und 3prozentigen Aufguß von chinesischem Thee in 24 Stunden, durch 2prozentigen Theeaufguß in 4, durch 1stündiges Kochen sterilisirter Milch in 10 Tagen. Auf Rauch-, Kau- und Schnupftabak starben die Cholerabazillen in 1–1½ Stunden. Auf den angefeuchteten Mundenden von Cigarren werden sie nach 7 Stunden vernichtet, auf Zucker-, Mandel- und Chokoladenkonfekt starben die Bazillen nach 24 Stunden, auf Bisquitkonfekt nach spätestens 4 Tagen. Auf Salz- und geräucherten Heringen gingen die Cholerabazillen in weniger als 24 Stunden, auf frischen Flundern, Schellfisch und Krebsen in weniger als 2 Tagen zu Grunde. — Die Meldung, daß in der Landesirrenanstalt zu Eberswalde eine Person an der Cholera gestorben sei, erweist sich als irrthümlich. — Der preußische Eisenbahnminister hat die Königl. Eisenbahndirektion veranlaßt, überall da, wo direkte einfache Fahrkarten bestehen, auch Rückfahrkarten zum Verkauf zu bringen. — Der Stadtkassirer Hansen in Schleswig ist wegen bedeutender Unterschlagungen verhaftet worden. — Gegen den Bankier Hugo Löwy gehen fortgesetzt bei der Staatsanwaltschaft neue Anzeigen und Strafanträge ein, infolge deren die Einleitung eines neuen Strafverfahrens wahrscheinlich ist.

Berlin. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Stryk hat sein Vorsteheramt niedergelegt. — Kaufmann Lüders aus Wurzen hat sich vorvergangene Nacht hier mittels eines Rasirmessers die Pulsader durchschnitten, seine Leiche ist nach Wurzen überführt worden. Die That erfolgte in einem Anfall von Geisteskrankheit. Er litt an Verfolgungswahn und gab an, wegen Majestätsbeleidigung und Unterschlagung eine langwierige Zuchthausstrafe verbüßen zu sollen. Obgleich sein Zustand hier erkannt ward, gelang es nicht, den Unglücklichen in einer Anstalt unterzubringen, da er bei einem Versuche, ihn fortzuführen, in Tobsucht verfiel. — Der sozialdemokratische Parteitag wird nun doch in diesem Jahre am 14. November in Berlin abgehalten.

Frankfurt a. M. Das Kind eines aus Duisburg hier angekommenen Schiffers starb auf dem Schiff an choleraverdächtigen Erscheinungen; der fünfzehnjährige Sohn des Schiffers ist ebenfalls erkrankt und heute in's Krankenhaus gebracht worden.

Frankfurt a. M. Der „Main-Zeitung" zufolge ergab die bakteriologische Untersuchung bei der in das Krankenhaus eingelieferten Schifferfamilie, deren 15jähriger Sohn auch gestorben ist, asiatische Cholera.

Hamburg. Der in Wandsbeck wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftete Sohn eines bekannten Millionärs, des Fabrikanten Helbing, wurde gegen 20,000 Mark Kaution freigelassen und einer Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen.

Koblenz. Vorgestern ist in Wiesenheim ein 3jähriges Kind an der Cholera gestorben. Im Ganzen sind bis jetzt 5 Todesfälle vorgekommen.

Düsseldorf. Bei Ueberführung von Sträflingen aus dem alten in das neue Arresthaus wurden infolge eines Fluchtversuches ein Sträfling erschossen, einer schwer verwundet.

Karlsruhe. Infolge des Cholerafalles, der hier vorgekommen, wurde im Rhein der Leopoldshafen für alle Schiffe gesperrt.

Sofia. Depeschen aus dem Innern des Landes melden, daß das gestern stattgefundene Erdbeben in ganz Bulgarien verspürt wurde. Dasselbe hat in Silistria und Turtukan großen Schaden angerichtet.

Caracas. General Crespo hob die Zeitungscensur und den Belagerungszustand auf und stellte das Civilgericht wieder her, erklärte ferner die Unverletzlichkeit der Beamten und der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften, sowie der Postcouriere. Das Postgeheimniß soll bewahrt werden. Crespo's Truppen belagern Barcelona (im Staate Venezuela), wohin die letzten Trümmer der Regierungstruppen sich geflüchtet haben.

Die Berliner Börse eröffnete still, befestigte sich vorübergehend für Banken und Bergwerke, schwächte sich dann aber, von letzteren ausgehend, erheblich ab. Von schweizerischen Bahnen Centralbahn stark angeboten, deutsche und italienische Bahnen schwächer, österreichische wenig verändert. In russischen Noten fanden in später Stunde starke Abgaben statt, wodurch Banken ungünstig beeinflußt wurden. Fremde Renten sehr still. Schluß flau. Im Kassaverkehr lebhaftes Geschäft, deutsche Anleihen, namentlich auch 3prozentige sächsische, belebt. Banken und Bahnen wenig verändert, auch in Industrieaktien glichen sich Kursbesserungen und Rückgänge ziemlich aus. Privatdiskont 2 Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: Regen, Ostwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 263,00. Diskonto 185,10. Dresdn. Bk. 132,00. Staatsb. —. Lombarden 80½. Laura 115,00. Ung. Goldr. 93,40. Portugiesen 24,10. Siemens —,—. Still.

Paris. Schluß. Rente 99,20. Italiener 92,75. Spanier 64⅝. Portugiesen 23⅞. Türken 22,22. Türkenloose 94,00. Ottomanbank 605,00. Staatsbahn —,—. Lombarden 223,75. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Novbr. 21,80, per Januar-April 22,80, still. Spiritus per November 45,50, per Januar-April 45,25, still. Rüböl per November 59,00, per Januar-April 60,50, matt.

Amsterdam. Produkten. Schluß. Weizen per Novbr. —, per März 186. Roggen per October 132, per März 141.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg begaben sich in Begleitung des Flügeladjutanten Oberstleutnant Wiledorf und des persönlichen Adjutanten Rittmeisters Freiherrn v. Müller gestern Vormittag mit dem 7 Uhr 5 Min. von Dresden abgehenden fahrplanmäßigen Zug nach Königstein und von dort auf Rosenthaler Revier zur Hochwildjagd, zu der noch folgende Herren mit Einladungen beehrt worden waren: Generalmajor Schulze, Oberst Freiherr von Hammerstein, General-

„Hotel Fürst Bismarck" An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5